

UK beschließt Verbot pro-palästinensischer Gruppe unter Antiterrorgesetz

UK-Abgeordnete stimmen für das Verbot der pro-palästinensischen Gruppe Palestine Action unter dem Antiterrorgesetz. Internationaler Widerstand gegen diese als drakonisch empfundene Maßnahme wächst.



Die Abgeordneten des britischen Parlaments stimmten am Mittwoch mit 382 zu 26 Stimmen für ein Verbot der Organisation Palestine Action, einer britischen Gruppe, die darauf abzielt, die Aktivitäten von Waffenherstellern zu stören, die die israelische Regierung beliefern.

Hintergrund des Verbots

Die Abstimmung fiel nach einem Vorfall, bei dem zwei Aktivisten von Palestine Action in den größten Luftwaffenstützpunkt

Großbritanniens in Zentralengland eindringen und zwei Militärflugzeuge beschädigten. Das geplante Verbot wird am Donnerstag dem House of Lords vorgelegt. Wenn es von der oberen Kammer genehmigt wird, würde das Verbot in den folgenden Tagen in Kraft treten.

Folgen des Verbots

Ein vollständiges Verbot würde bedeuten, dass es nach britischem Recht illegal wäre, Mitglied von Palestine Action zu sein oder die Gruppe zu unterstützen. Die Organisation würde dann rechtlich auf eine Stufe mit terroristischen Organisationen wie Hamas, al-Qaida und ISIS gestellt werden. Dies hat bereits zu scharfer Kritik von UN-Experten, Menschenrechtsgruppen und Politikern geführt.

Kritik an der Regierung

Die britische Innenministerin Yvette Cooper bestätigte am 23. Juni die Absicht der Regierung, die Gruppe zu verbieten, nachdem Aktivisten rotes Farbmittel in die Turbinen von zwei Airbus Voyagers sprühten. Dieses Video zeigte die Aktivisten bei ihrem Einsatz, den sie wegen der vermuteten militärischen Transportfunktion der Flugzeuge und deren Einsatz zur Betankung israelischer, amerikanischer und britischer Militärflugzeuge ins Visier nahmen. Ein Quelle des Verteidigungsministeriums erklärte, dass RAF Voyagers keine Einsätze für die israelischen Streitkräfte durchführen.

Rechtliche Schritte von Palestine Action

Am Montag kündigte Palestine Action an, rechtliche Schritte gegen die Entscheidung der Regierung einzuleiten. Die Mitbegründerin der Gruppe, Huda Ammori, äußerte, dass die harte Reaktion der Regierung „vielen autoritären Regime weltweit ähnelt, die Terrorismusbekämpfung als Vorwand nutzen, um abweichende Meinungen zu unterdrücken“.

Potenzielle Strafen und gesellschaftliche Auswirkungen

Falls das Verbot in Kraft tritt, wäre es das erste Mal in der britischen Geschichte, dass eine Protestgruppe, die sich auf direkte Aktionen spezialisiert hat, aufgrund von Anti-Terror-Gesetzen verboten wird. Menschen, die sich dem Verbot widersetzen, könnten mit bis zu 14 Jahren Gefängnis rechnen. Selbst das Tragen von Kleidungsstücken, die „einen begründeten Verdacht“ erwecken, dass man Mitglied oder Unterstützer der Gruppe ist, könnte mit bis zu sechs Monaten Haft oder einer Geldstrafe geahndet werden.

Kritik von Menschenrechtsorganisationen

Menschenrechtsorganisationen haben die Maßnahmen der Regierung scharf kritisiert und bezeichneten sie als neuesten Schritt in einer Reihe drakonischer Maßnahmen gegen legitimen Protest im Land. Sacha Deshmukh, die Geschäftsführerin von Amnesty International UK, warnte am 23. Juni, dass die Untersagung von Palestine Action zu einem „rechtswidrigen Eingriff“ in die grundlegenden Rechte auf friedliche Versammlung und Meinungsfreiheit führen könnte. Deshmukh stellte klar: „Das Verbot von Palestine Action wird bedeuten, dass Millionen von Menschen im Vereinigten Königreich an diesem Wochenende Einschränkungen ihrer Meinungsfreiheit hinnehmen müssen.“

Internationale Reaktionen

Auch Experten der Vereinten Nationen äußerten am Dienstag ihr Unbehagen über die „unbegründete Einstufung einer politischen Protestbewegung als ‚terroristisch‘“. Mehrere Unterstützungserklärungen für die Gruppe wurden veröffentlicht, unter anderem von der Labour-Abgeordneten Zarah Sultana und dem ehemaligen Labour-Schattenkanzler John McDonnell, die die Pläne der Regierung als nicht im Sinne

der Anti-Terror-Gesetze betrachtet.

In einer Stellungnahme bezeichnete Palestine Action die Reaktion der Regierung auf die Aktion an der Militärbasis als „verrückt“. Die Gruppe erklärte: „Das eigentliche Verbrechen ist nicht das Sprühen von roter Farbe auf diesen Kriegsflugzeugen, sondern die Kriegsverbrechen, die durch den Einsatz dieser Flugzeuge ermöglicht werden – und zwar wegen der Komplizenschaft der britischen Regierung am Völkermord in Israel.“

Diese Geschichte entwickelt sich weiter und wird aktualisiert.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at